Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583
Für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Lützow 1902, 3248, 3394
Postscheckkonto: Berlin 25 432.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 9,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreise von 1 Mark für die neungespaltene Zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die viergespaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Aufträge sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32.

Nr. 71. [58. Jahrgang.] Dienstag 11. Februar 1919. Abend-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 71.

Die Schürer in Paris.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".

Paris, 10. Februar.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes wurden vom Obersten Kriegsrat heute weitergeführt, und zwar sollen, wie der „Temps" meldet, vornehmlich die Frage der Blockade und der Verproviantierung besprochen worden sein.

Das „Journal" findet die bekannt gegebene Einsetzung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen zu den Waffenstillstandsverhandlungen nicht eben zweckmäßig, da die Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiet außerordentlich verschlagen seien und die Heranziehung von Fachleuten zweifellos Aussprachen über die wirtschaftlichen Fragen hervorrufen würden, während bisher in solchen Angelegenheiten die militärischen Sachverständigen einfach ihre Forderungen hätten diktieren können.

Inzwischen fährt die Regierungs- und Informationspresse fort, die Haltung Deutschlands als überaus bedrohlich hinzustellen, um so den Boden für eine Verschärfung der Bedingungen zu bereiten. „Homme Libre" warnt immerhin davor, die von Deutschland drohende Gefahr nicht zu überschätzen. Das augenblickliche Gebaren Deutschlands sei nur als Bluff aufzufassen und auf die Einschüchterung der Verbündeten berechnet, dürfe aber schon darum nicht ernst genommen werden, weil die Regierung Ebert-Scheidemann selbst nicht wisse, ob sie fest im Sattel sitze. Im gleichen Zusammenhang gibt der „Temps" einen Aufsatz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" über den Ausgang des Krieges wieder und meint dazu, diese Darstellung der Verhältnisse sei für Paris interessanter als für Berlin. Im übrigen fordert das Blatt von der Friedenskonferenz neuerdings die möglichste Beschleunigung ihrer Arbeiten und rascheste Abschließung des Friedens, der Frankreich und die Welt gegen alle Gefahren sicherstelle.

Nur die „Humanité" rückt von dem organisierten Feldzug der chauvinistischen Presse entschieden ab, dessen Zweck, wie das Blatt meint, ohne weiteres in die Augen springt. Er bemerkt: „Unsere Führer hoffen wohl, Wilson seine Zustimmung zu neuen Zwangsmaßnahmen wie Ausdehnung der Besetzung und Verstärkung der militärischen Sicherheiten abzunötigen. Wir erwarten aber, Wilson werde erklären, daß die Lösung nicht auf diesem Wege zu finden ist. Hätten die Verbündeten von Anfang an allen Verlockungen zum Bösen widerstanden und sich im Willen zur Gerechtigkeit geeinigt, dann wäre das Friedenswerk schon heute beinahe fertig. Aber der Kongreß öffnete bereits zu Beginn seiner Arbeiten allen Angliederungsgelüsten Tür und Tor, und die Führer der europäischen Reaktion, nämlich die französische Regierung, suchen dies noch zu verwirklichen, indem sie die Verbandsarmeen in einen Kampf bis aufs Messer gegen die russische Revolution schleppen wollen. Unter diesen Umständen verzögert sich die Aussprache und verschärfen sich die Konflikte. Wir kommen aus den Schwierigkeiten nur heraus, wenn wir auf allen Imperialismus aufrichtig verzichten und uns auf den Boden der Berner Konferenz stellen."

Deutschlands Wehrlosmachung.

Havas-Bericht über die diplomatische Lage.

Paris, 10. Februar.

Heute tagte nur der Ausschuß für den Völkerbund. Am Montag nachmittag wird der Oberste Kriegsrat der verbündeten Länder voraussichtlich die Prüfung der Bedingungen abschließen, die in das Waffenstillstandsabkommen einzufügen sind, wenn der Vertrag am 18. Februar erneuert wird.

Im Laufe der beiden vorangegangenen Sitzungen prüfte der Oberste Kriegsrat die Fragen der Demobilmachung und Abrüstung in Deutschland, um diesem unmöglich zu machen, die Feindseligkeiten wiederaufzunehmen, wenn es je daran denken sollte. Zu diesem Ziel erheben die Verbündeten Einspruch bei der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa gegen die Nichtausführung gewisser Bestimmungen und erklären, sie müßten eine Bestandsangabe fordern über das Kriegsgerät, das zurzeit in Deutschland vorrätig ist, beziehungsweise sich in den Fabriken in Arbeit befindet. Es ist sogar wahrscheinlich, daß der Oberste Kriegsrat zur größeren Sicherheit die Auslieferung größerer Mengen Kriegsgerät, Geschütze, Maschinengewehre und Flugzeuge fordern wird.

Außer mit diesen Fragen wird sich der Oberste Kriegsrat mit der Frage der polnischen Grenze, den zu haltenden Truppenbeständen der Verbündeten in Kleinasien und der Blockade befassen. Wenn der Waffenstillstand nicht vor dem 18. Februar unterzeichnet werden kann, so wird das jetzige Uebereinkommen einfach um einige Tage verlängert werden, bis der neue Wortlaut angenommen worden ist.

Rotterdam, 10. Februar. „Daily Telegraph" meldet aus Paris, daß die französische Regierung, die sich in weniger wichtigen Punkten, wie in der Frage der deutschen Kolonien sehr entgegenkommend gezeigt habe, wegen der nachdrücklichsten Haltung der öffentlichen Meinung in Frankreich in dem wichtigsten Punkte, nämlich dem der militärischen Aufsicht über Deutschland, kein Zugeständnis machen wird. Die Haltung der französischen Regierung gegen den Völkerbund wird durch die Erwägung beherrscht, daß sie imstande sein müsse, jederzeit eine militärische Uebermacht an der Ostgrenze zusammenzuziehen, und daß sie zu diesem Zweck soviel wie möglich ihre militärische Bürde beibehalten muß.

Die Stärke des neuen Reichsheeres.

Ein Berliner Abendblatt brachte gestern abend die Meldung, der Rat der Volksbeauftragten habe eine Vorlage verabschiedet, die den Etat des neuen Reichsheeres auf 250 000 Mann festsetze.

Im Kriegsministerium ist von der ganzen Sache nichts bekannt. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, daß derartige Feststellungen jetzt schon getroffen sein sollten, wo noch nicht einmal der Umfang des Reichsgebiets feststeht und die Abrüstungspläne der Entente noch gar nicht erörtert worden sind.

Die verschärften Bedingungen.

Abgebrochene Verhandlungen.

Berlin, 11. Februar.

Die Veröffentlichung der Waffenstillstandskommission über das am 8. Februar in Spaa unterzeichnete Lebensmittelabkommen hatte hervorgehoben: „Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch auferlegen wollen. Daraus ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittellieferungen nicht besteht."

Inzwischen ist der Bericht über die Verhandlungen der ebenfalls in Spaa tagenden Unterkommission für die Erledigung des Schiffahrtsabkommens eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen weiter verschärft, so daß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind zunächst abgebrochen worden. Unter diesen Umständen blieben die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung, wie gestern bereits festgestellt, nach wie vor höchst unsicher.

*

Infolge eines bedauerlichen technischen Versehens wurde in der im Montag-Morgenblatt veröffentlichten Meldung über die Lebensmittellieferungen Amerikas die Tonnenzahl der zu liefernden Fett- und Fleischmenge mit 300 000 anstatt mit 30 000 angegeben. Da die in unserem gestrigen Artikel aufgestellten Berechnungen auf der Zahl 300 000 aufgebaut wurden, verschiebt sich die Aufstellung erheblich zu unseren Ungunsten.

Völkerbund und allgemeine Wehrpflicht.

ts. **Lugano, 10. Februar.** (Eigene Drahtmeldung). **Dem „Secolo" zufolge hat der Pariser Völkerbundsausschuß seine Arbeiten so weit gefördert, daß von dem 22 Artikel umfassenden revidierten Entwurf der amerikanischen Abordnung bereits 19 in den Grundzügen erledigt sind. Wilson scheint dabei verschiedene Zugeständnisse gemacht zu haben, wovon das wichtigste, der Verzicht auf die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht sein soll.**

Am Mittwoch oder Donnerstag wird die Vollsitzung der Konferenz den ganzen Entwurf durchberaten und Wilson ihn dann dem amerikanischen Senat zur Ratifizierung vorlegen.

A. **Zürich**, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Lyoner „Progrès" meldet, geht man in Paris mit der Absicht um, Präsident Wilson zum ersten Präsidenten des Völkerbundes zu ernennen, da aber Wilsons Befugnisse als Präsidenten der Vereinigten Staaten erst im März 1921 erlöschen, so muß in diesem Falle eine vorläufige Regelung ins Auge gefaßt werden, bis die endgültige Uebernahme des Präsidentenpostens durch Wilson erfolgen kann.

Der schwere Kampf um Nakel.

Drahtmeldung.

Nakel, 11. Februar.

Den Schutz der Stadt Nakel, die unter schwerem Artilleriefeuer liegt, hat das Freiwilligenkorps Brüssow übernommen, welches am 5. Februar Berlin verlassen hat. Das Korps sichert augenblicklich die Stadt und die umliegenden Ortschaften und steht in engster Fühlung mit dem Feinde, welcher über gut ausgebildete, wohldisziplinierte Infanterietruppen verfügt. Einschläge der polnischen Artillerie erfolgen hauptsächlich am Bahnhof und auf dem Marktplatz, doch erwidert die Artillerie des Freikorps ununterbrochen das Feuer. Augenblicklich muß man mit einem kräftigen Vorstoß der Polen rechnen; die Ostbahnlinie ist auf das schwerste bedroht, wenn es den Polen gelingt, Nakel einzunehmen.

Das Verhalten der Polen, selbst Verwundeter, ist von viehischer Roheit. In einem Gefecht bei Rosko, welches bei dem Freiwilligenkorps Brüssow über 100 Mann Verluste forderte, haben die Polen selbst Krankenträger und Verwundete in bestialischer Weise niedergemacht.

Bromberg, 10. Februar. (Amtlich.) Gestern, den 9. Februar, wurden Josefinen, Brückenkopf und Teile von Steinburg wiedergenommen. Bei Josefinen wurden sechs Maschinengewehre erbeutet.

An den andern Fronten unseres Abschnitts herrschte rege Patrouillentätigkeit.

Bromberg, 11. Februar. An allen Teilen unseres Abschnittes herrschte rege Patrouillentätigkeit. Polnische Angriffe auf Josefinen und Elsendorf wurden abgewiesen.

Die Kreditvorlage.

Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.

Weimar, 11. Februar.

Nachdem die provisorische Verfassungsvorlage angenommen worden ist, wird sich die Nationalversammlung mit der Kreditvorlage als der nächsten gesetzgeberischen Aufgabe zu befassen haben. Auch bei dieser Vorlage wäre es im Interesse der möglichst schnellen Verabschiedung, **wenn die Debatten sich auf das geringste Maß beschränken würden. Es wird von der Regierung aus dahin gestrebt, daß die Parteien sich mit der Abgabe von Erklärungen begnügen möchten, daß also keine Aussprache und Verweisung an die zuständige Kommission stattfinde.** Es läßt sich auch nicht bestreiten, daß im Interesse der Finanzlage **des Reiches eine solche Verabschiedung von größter Bedeutung wäre. Inwieweit die Parteien dieser Erwägung zugänglich sein werden, steht aber noch dahin.**

Die Präsidentenwahl.

Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.

Weimar, 11. Februar. Um elf Uhr ist heute vormittag der Aeltestenausschuß zu einer erneuten und letzten Besprechung der Präsidentenfrage zusammengetreten. Auch die Sozialdemokraten, die Christliche Volkspartei und Demokraten hielten im Hause Fraktionsberatungen ab, während die Deutschnationalen im „Erbprinzen" tagten. Besondere Vorrichtungen im Sitzungssaal sind nicht getroffen. Dagegen fällt der Schulunterricht aus und es heißt, daß die Schuljugend vor dem Hause der Nationalversammlung Aufstellung nehmen wird. Ebenso wird eine Ehrenkompagnie mit Musik aufmarschieren. Feierliches Glockengeläut soll nach der Wahl verkünden, daß der erste Präsident des Deutschen Reiches aus den Händen der berufenen Vertreter des deutschen Volkes sein Amt empfangen hat. Man rechnet damit, daß der ganze Vorgang nicht mehr als eine Stunde in Anspruch nehmen wird.

In den abschließenden Verhandlungen über die Präsidentschaftswahl schlugen die Demokraten General Groener als Kandidaten vor. Da die Sozialdemokraten aber auf der Wahl des Volksbeauftragten Ebert bestanden, erklärten sie sich schließlich zur Zurückziehung dieser Kandidatur bereit. Die Deutschnationalen werden für Graf Posadowsky stimmen.

Nach der Wahl Eberts, die damit gesichert ist, wird der Präsident der Nationalversammlung, Dr. David, eine Begrüßungsansprache halten. Ebert wird antworten und mit einem Hoch auf das deutsche Volk schließen.

Eine endgültige Feststellung der Ministerliste liegt noch nicht vor. Wie wir hören, ist dem Abgeordneten Herold (Christl. Volksp.) das Reichsernährungsamt angeboten worden. Seine Annahmeerklärung liegt noch nicht vor. Das Reichspostamt wurde dem Unterstaatssekretär Giesberts (Christl. Volksp.) angetragen. Der Abgeordnete Becker-Arnsberg (Christl. Volksp.) soll Unterstaatssekretär des Reichswirtschaftsamtes werden.

Die Sozialdemokraten berieten in ihrer heutigen Fraktionssitzung auch erneut über die Besetzung der Reichsämter. Es heißt, daß Staatssekretär August Müller das Reichswirtschaftsamt nicht behalten wird. Als seine Nachfolger werden der Volksbeauftragte Wissel und der Abgeordnete Hue genannt. Für den der Partei zukommenden Posten eines Staatssekretärs ohne Portefeuille kommen, wie wir hören, die Abgeordneten Hue oder Winnig in Frage.

Der Nationalversammlung ist heute noch folgender Antrag Gebhardt zugegangen: Private Gemeinden und Distrikte der von den Heeren der Alliierten besetzten deutschen Gebiete müssen für die feindlichen Besatzungsheere so außerordentlich hohe Aufwendungen machen, daß sie ohne Hilfe des Reiches nicht in der Lage sind, diese Lasten auf die Dauer zu tragen. Ist die Reichsregierung bereit, den Bewohnern, Gemeinden und Distrikten die für die Heere der Alliierten Mächte gemachten Aufwendungen alsbald zurückzuerstatten?

Der endgültige Verfassungsentwurf.

Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.

Weimar, 11. Februar. Nach Annahme des provisorischen Verfassungsentwurfs hat nun die Beratung der endgültigen Verfassungsvorlage durch die Nationalversammlung zu erfolgen. Es schweben Erwägungen darüber, diese Arbeit dem Hauptausschuß zu übertragen, der dazu auf 36 Mitglieder verstärkt werden dürfte.

Die Diätenfrage.

Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.

Weimar, 11. Februar. Zur Lösung der Diätenfrage der Nationalversammlung liegen mehrere Vorschläge vor. U. a. wird die Zahlung eines Pauschale von 3000 oder 5000 ℳ an die Abgeordneten erwogen. Ein weiterer Vorschlag geht dahin, für jeden Monat Sitzungsdauer 1000 ℳ ohne Anwesenheitszwang zu zahlen

Die Nationalversammlung über die Kriegsgefangenen.

Weimar, 11. Februar. Der Nationalversammlung ist folgender von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen:

„Die deutsche Nationalversammlung erhebt Einspruch gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Gefangenen der Alliierten sind ihrer Heimat zurückgegeben. Es ist eine Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, daß auch die Leidenszeit der deutschen Kriegsgefangenen schleunigst beendet wird. Die Nationalversammlung ruft die Neutralen und das Gewissen der ganzen Welt auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und Vater zurückzugeben, die, jahrelang von den Angehörigen getrennt, mit Ungeduld die Erlösung aus der Gefangenschaft erwarten. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenze den Gruß der Heimat zu."

Die vorläufige Verfassung des Deutschen Reiches.

Von
Eduard Heilfron.

Habemus Papam! Das Deutsche Reich hat wieder eine Verfassung. Ein Gefühl der Erleichterung wird sich bei allen Behörden und Beamten bemerkbar machen, die berufen waren, die Gesetze und Verordnungen der bisherigen vorläufigen Regierung vorzubereiten, auszuführen und anzuwenden. Die große Unsicherheit, die der Mangel einer auf gesetzlichem Wege zustande gekommenen Regierung nach außen und nach innen hervorgerufen hat, ist beseitigt. Mit der heute erfolgenden Wahl des vorläufigen Reichspräsidenten wird nach außen hin ein unanfechtbar legitimierter Vertreter des Deutschen Reiches geschaffen, und es ist klar, daß die Vereinigung der höchsten Gewalt in einer Person geeignet ist, auch die verwirrten inneren Verhältnisse klärend zu beeinflussen.

Herr von Payer sagte in seiner namens der Deutschen demokratischen Partei abgegebenen Erklärung: Die Nationalversammlung habe ein Vorbild an Arbeitswillen zu geben, ihr Reden müsse zum Handeln werden. Er hat dabei offenbar den Schatten der Nationalversammlung von 1848 warnend heraufbeschworen, von der jetzt ohnehin naturgemäß viel gesprochen wird. Die Deutsche Nationalversammlung von 1848, welche die feinsten Köpfe des damaligen Deutschlands in sich vereinigte, scheiterte an dem umgekehrten Grundsatze: ihr Handeln löste sich in Reden auf. Am 18. Mai 1848 trat sie zusammen. Statt sofort an die Beratung der Verfassung zu gehen, hielt sie sich bis in den Juli mit verschiedenen sehr interessanten, aber dem Hauptgegenstande völlig fremden Angelegenheiten auf: der Zulassung der Posener Abgeordneten, der Schaffung einer deutschen Marine, der Regelung der schleswig-holsteinischen Frage, der Souveränität der Nationalversammlung und deren Verhältnis zu den einzelnen Landtagen. Auch später, nach der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser, wurde monatelang über die Grundrechte des deutschen Volkes debattiert, und erst als nach der Bestätigung des preußisch-dänischen Waffenstillstandes von Malmö am 18. September 1848 ein Aufruhr losbrach, der um Haaresbreite die ganze Deutsche Nationalversammlung hinweggefegt hätte, erinnerte sie sich, daß sie einberufen war, um eine deutsche Verfassung zustande zu bringen.

Vor diesen Gefahren uferloser Erörterungen theoretischer Grundfragen hat uns die Erinnerung an den trüben Ausgang einer unter den glücklichsten Vorzeichen begründeten Versammlung bewahrt. Der praktische Sinn aller Parteien der heutigen Nationalversammlung zeigt sich in den Erklärungen, die gegenüber dem Entwurf einer vorläufigen Verfassung abgegeben worden sind. Wir können nur wünschen, daß das hierin offenbarte und von Herrn v. Delbrück zum Ausdruck gebrachte Bewußtsein, daß die Partei zurückzutreten habe gegenüber den Bedürfnissen des Vaterlandes und den Forderungen des Tages, sich auch späterhin und insbesondere bei der Beratung der endgültigen Verfassung siegreich durchsetzen werde.

Dem von uns in Nr. 47 (Abendausgabe vom Mittwoch, den 29. Januar 1919) abgedruckten Entwurf gegenüber sind nur wenige Veränderungen eingetreten. In § 1 ist die Aufgabe der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung umschrieben. Sie soll die künftige Reichsverfassung feststellen und — insofern geht ihr Mandat über das einer konstituierenden Versammlung hinaus — auch sonstige dringende Reichsgesetze beschließen. Auch hier drängt sich ein Vergleich mit der Nationalversammlung von 1848 auf. Einer der schwerwiegendsten Fehler, die damals vom Bundesrat begangen wurden, war, daß er, von den revolutionären Ereignissen völlig überrascht, zur Untätigkeit erstarrte und sich nicht entschließen konnte, der Nationalversammlung den von seinem Ausschuß in Gemeinschaft mit den „17 Männern des öffentlichen Vertrauens" beratenen Verfassungsentwurf vorzulegen. Auch diesen Fehler hat die gegenwärtige Reichsregierung mit Glück vermieden. Die Nationalversammlung von 1919 fand die zwei wichtigsten Vorlagen bei ihrem Zusammentritt vor: nämlich die Entwürfe der vorläufigen und der endgültigen Reichsverfassung.

In § 2 findet sich die erste bedeutsame Abweichung des angenommenen Gesetzes gegenüber dem Entwurf. Nach dem ersten Satze dieses Paragraphen bedarf die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung der Zustimmung eines Staatenausschusses. Hier ist infolge eines Kompromisses der Satz hinzugefügt worden:

„Der Staatsausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden."

Damit ist den Deutsch-Oesterreichern die Beteiligung am Staatenausschuß ermöglicht.

In § 5 sind einige Artikel der bisherigen Reichsverfassung für entsprechend anwendbar erklärt. Dazu gehört zunächst Artikel 21 R. V., wonach Beamte keines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag bedürfen. Zu diesem Paragraphen wurde ein Antrag des Abgeordneten Dr. Cohn-Nordhausen angenommen, wonach auch Soldaten ohne Urlaub in die Nationalversammlung einzutreten berechtigt sind. Für anwendbar erklärt sind durch den § 5 ferner die Vorschriften der alten Reichsverfassung über die Oeffentlichkeit der Verhandlungen, die Straflosigkeit wahrheitsgetreuer Berichte, die Gesetzesinitiative der Nationalversammlung, die Unzulässigkeit einer Vertagung der Nationalversammlung ohne ihre Zustimmung über die Frist von 30 Tagen hinaus, die Prüfung der Legitimation der Mitglieder durch die Versammlung selbst, die Beschlußfassung nach absoluter Stimmenmehrheit, die Immunität der Abgeordneten und endlich deren Entschädigung aus Reichsmitteln.

Sehr wichtig ist der auf Antrag der demokratischen und der christlichen Volkspartei dem Entwurf zugefügte Schlußparagraph 10:

„Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an kommen Gesetze, sowie Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Zustimmung des Bundesrats und Reichstags bedürfen nur gemäß § 4 dieses Gesetzes zustande"

das heißt durch Uebereinstimmung zwischen Nationalversammlung und Staatenausschuß. Damit ist für die Gesetzgebung die verfassungsmäßige Grundlage geschaffen.